

Podiumsdiskussion in Büderich

Salz-Abbau: Kritiker diskutieren mit Bergwerksvertreter

Niederrhein · Zwischen Xanten, Alpen und Rheinberg soll auch in den nächsten Jahrzehnten Salz abgebaut werden. Kritiker befürchten Schäden durch Bergsenkungen. Darüber spricht die Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigte auf einer Podiumsdiskussion mit dem Bergwerksbetreiber K+S.

28.09.2025 , 12:54 Uhr · 2 Minuten Lesezeit



K+S betreibt in Borth ein Salzbergwerk (Archiv).

Foto: Armin Fischer (arfi)

Kritiker eines weiteren Salz-Abbaus am Niederrhein diskutieren am Mittwoch, 1. Oktober, mit dem Konzern K+S über die Risiken seiner Pläne. In der Katholischen Kirche St. Peter an der Marktstraße 9 in Wesel-Büderich findet dafür eine öffentliche Podiumsdiskussion statt. Dazu lädt ein Bündnis verschiedener Akteure ein. Dazu gehört die Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigte, dazu gehören aber auch der Deichverband Duisburg-Xanten, die Kommunen Alpen, Rheinberg, Sonsbeck und Xanten sowie die Propsteigemeinde St. Viktor Xanten. Wie die Bürgerinitiative in einer Mitteilung schrieb, wird in der Veranstaltung gemeinsam mit K+S über den weiteren Salzbergbau am Niederrhein diskutiert. Die Podiumsdiskussion beginnt um 19 Uhr. K+S betreibt das Bergwerk in Rheinberg-Borth.

Der Konzern hatte im Februar 2022 eine Erweiterung der Abbaufächen zwischen Xanten, Alpen und Rheinberg beantragt. Im April 2025 erging der Planfeststellungsbeschluss durch die zuständige Bergbehörde, die Bezirksregierung

Arnsberg. Damit genehmigte sie den weiteren Abbau von Steinsalz am Niederrhein. Dagegen sind mehrere Klagen eingereicht worden, insgesamt 14, wie die Bürgerinitiative erklärte. Sie gehört zu den Klägern, aber auch die Kommunen Alpen, Sonsbeck, Rheinberg und Xanten klagen vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster gegen den den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung.

In einer Mitteilung erklärte die Bürgerinitiative ihre Kritik und ihre Forderungen. Zum Beispiel soll das Salz unterirdisch nur mit Versatz abgebaut werden, um großflächige Bodensenkungen zu verhindern und Bergschäden an Gebäuden, Straßen, Kanälen und Deichen abzumildern. Die Bürgerinitiative fordert außerdem, dass „ausreichende Sicherheitsleistungen und Bürgschaften“ für Bergschäden und Ewigkeitslasten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde hinterlegt werden. Sie verlangt auch einen Schutz für Deiche und der Infrastruktur.

(wer up)